























industrie – würden steigende Kosten in diesen Bereichen zwangsläufig auch andere Wirtschaftsbereiche treffen. Der Effekt auf den (sektoralen) Strukturwandel in Deutschland wäre insoweit weitaus größer, als es zunächst den Anschein hat. Gleichzeitig sind damit wohl auch Verschiebungen in der regionalen Arbeitsteilung verbunden, denn große Teile der Industrie weisen eine starke räumliche Konzentration auf. Anekdotische Evidenz (z.B. Intel in Magdeburg/Sachsen-Anhalt, Northvolt in Heide/Schleswig-Holstein) spricht überdies dafür, dass Neuansiedlungen von Unternehmen in jüngerer Zeit vermehrt in Norddeutschland stattfinden, auch weil die Energieversorgung aus erneuerbaren Quellen hier wegen des bereits erreichten Ausbaufortschritts bei der Windkraft und des Fehlens ausreichend dimensionierter Leitungsnetze hier sicherer erscheint als in den südwestdeutschen Bundesländern.

### **Kurzfristig überwiegen negative Effekte**

Ein energiepreisgetriebener Strukturwandel bietet zwar auch Chancen (beispielsweise für die Herstellung von Technologien und Ausrüstungen für eine energiesparende Produktion bzw. für die regenerative Energieerzeugung), zumindest kurzfristig dürften bei unzureichender Flexibilität und Anpassungsfähigkeit von Unternehmen und Arbeitskräften jedoch die negativen Auswirkungen überwiegen. Dies ist mit ein Grund dafür, dass die Bundesregierung umfangreichen Hilfen für die vom Kohleausstieg betroffenen Regionen zugesagt hat. Es wäre aber verfehlt, die Strukturhilfen für die Braunkohlereviere jetzt als Muster für die Flankierung und Gestaltung des Strukturwandels auch in anderen Regionen zu nehmen. Auch wenn alle drei Braunkohlereviere für sich in Anspruch nehmen, »Europäische Modellregion für den Strukturwandel

zu sein, ist schwer vorstellbar, dass überall ähnlich hohe Summen öffentlichen Geldes zur Verfügung gestellt werden können (und sollten) wie dort (Ragnitz 2021). Zudem ist schon der Ansatz verfehlt, staatliche Industriepolitik an die Stelle wettbewerblicher Verfahren zu setzen. Zwar mag es richtig sein, durch Ausbau von Infrastrukturen wie in den Kohlerevieren die Standortqualität zu verbessern und damit einen Anreiz für ansiedlungswillige Unternehmen zu setzen; darüber hinausgehende Pläne zur Gestaltung künftiger Wirtschaftsstrukturen (wie diese in den »Leitbildern«<sup>5</sup> der Kohleregionen fixiert sind) bergen jedoch große Gefahren sowohl mit Blick auf die Auswahl und Ansiedlung bestimmter Sektoren und Technologien als auch mit Blick auf mögliche interregionale Wettbewerbsverzerrungen.<sup>6</sup> Da viele Regionen jetzt für sich den Anspruch proklamieren, sich künftig auf die Herstellung und Anwendung von »grünem« Wasserstoff oder auf die Produktion von Batteriezellen für die anstehende Mobilitäts- und Energiewende zu konzentrieren, ist nicht auszuschließen, dass es bei einer standortbezogenen Subventionierung dazu kommt, dass entsprechende Produktionen an einem längerfristig suboptimalen Ort entstehen.

---

### **REFERENZEN**

BMWK – Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (2022a), *Eröffnungsbilanz Klimaschutz*, Berlin, verfügbar unter: [https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/Energie/220111\\_eroeffnungsbilanz\\_klimaschutz.html](https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/Energie/220111_eroeffnungsbilanz_klimaschutz.html).

BMWK – Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (2022b), Überblickspapier »Osterpaket«, 6. April, verfügbar unter: [https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/Energie/0406\\_ueberblickspapier\\_osterpaket.html](https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/Energie/0406_ueberblickspapier_osterpaket.html).

Krebs, T. und J. Steitz (2021), »Öffentliche Finanzbedarfe für Klimainvestitionen im Zeitraum 2021–2030«, Forum New Economy, Working Paper 3/2021, verfügbar unter: <https://www.agora-energiewende.de>.

Ragnitz, J. (2021), »Anmerkungen zur Umsetzung der Hilfen des Kohleausstiegs in den ostdeutschen Bundesländern«, *ifo Dresden berichtet* (6), 3–6.

<sup>5</sup> Vgl. Anlage 1-3 InvKG.

<sup>6</sup> Falls es schneller als im KVVG geplant zu einem Kohleausstieg kommt, ist dies allerdings kein Grund dafür, auch die Hilfen nach InvKG vorzuziehen. Zum einen fehlt es an umsetzungsreifen Projekten, zum anderen der Aufbau neuer Wirtschaftsstrukturen ohnehin ein länger wählender Prozess, der weit über das Ende der Kohleverstromung hinaus andauern wird.























































## REFERENZEN

---

BMF – Bundesministerium der Finanzen (2022), »Schnelle und spürbare Entlastungen«, 12. April, verfügbar unter: <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Schlaglichter/Entlastungen/schnelle-spuebare-entlastungen.html>.

Bofinger, P. (2021), »Steigende Energiekosten verlangen nach einem variablen CO<sub>2</sub>-Preis«, *Handelsblatt*, 7. Dezember, verfügbar unter: <https://www.handelsblatt.com/meinung/homo-oeconomicus/gastkommentar-homo-oeconomicus-steigende-energiekosten-verlangen-nach-einem-variablen-co2-preis/27868348.html>.

Fischer, C. und M. Springborn (2011), »Emissions Targets and the Real Business Cycle: Intensity Targets versus Caps or Taxes«, *Journal of Environmental Economics and Management* 62(3), 352–366.

Grabka, M. M. und C. Halbmeier (2019), »Vermögensungleichheit in Deutschland bleibt trotz deutlich steigender Nettovermögen anhaltend hoch«, *DIW Wochenbericht* 86(40), 735–745.

Heutel, G. (2012), »How Should Environmental Policy Respond to Business Cycles? Optimal Policy under Persistent Productivity Shocks«, *Review of Economic Dynamics* 15(2), 244–264.

IEA – International Energy Agency (2022), »Europe and the World Need to Draw the Right Lessons from Today's Natural Gas Crisis«, 13. Januar, verfügbar unter: <https://www.iea.org/commentaries/europe-and-the-world-need-to-draw-the-right-lessons-from-today-s-natural-gas-crisis>.

Kalkuhl, M., C. Flachsland, B. Knopf, M. Amberg, T. Bergmann, M. Kellner, ... und O. Edenhofer (2022), *Auswirkungen der Energiepreiskrise auf Haushalte in Deutschland: sozialpolitische Herausforderungen und Handlungsoptionen*, Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC), verfügbar unter: [https://www.mcc-berlin.net/fileadmin/data/C18\\_MCC\\_Publications/2022\\_MCC\\_Auswirkungen\\_der\\_Energiepreiskrise\\_auf\\_Haushalte.pdf](https://www.mcc-berlin.net/fileadmin/data/C18_MCC_Publications/2022_MCC_Auswirkungen_der_Energiepreiskrise_auf_Haushalte.pdf).

Pietzcker, R. C., J. Feuerhahn, L. Haywood, B. Knopf, F. Leukhardt, G. Luderer, S. Osorio, M. Pahle, R. Dias Bleasby Rodrigues und O. Edenhofer (2021), *Notwendige CO<sub>2</sub>-Preise zum Erreichen des europäischen Klimaziels 2030*, Ariadne-Projekt, verfügbar unter: <https://ariadneprojekt.de/publikation/notwendige-co2-preise-zum-erreichen-des-europaeischen-klimaziels-2030/#:~:text=Die%20notwendigen%20CO2%2DPreise%20im%20Jahre%202030%20erreichen%20dabei,%2D210%20EUR%2Ft>.

Roach, T., (2021), »Dynamic Carbon Dioxide Taxation with Revenue Recycling«, *Journal of Cleaner Production* 289, 125045.

















































von Flüssiggas) die Energiepreise deutlich über dem Niveau halten, das ohne den Konflikt gelten würde. Jede weitere Zuspitzung dürfte unmittelbar auf die Risikoeinschätzung und somit auf wichtige Rohstoffnotierungen durchschlagen. Umgekehrt würde eine Entspannung wirken. Rohstoffpreissprünge können bei Friktionen im Überwälzungsprozess kurzfristig realwirtschaftliche Aktivität zusätzlich behindern.

Naturgemäß hängen auch die **Fluchtbewegungen** stark von der weiteren militärischen und politischen Entwicklung in der Ukraine ab. Je länger der Krieg andauert, desto mehr Menschen werden im Westen Schutz suchen. Sollte es hingegen zu einer Befriedung kommen, wird es vor allem von den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen abhängen, wie viele Menschen in ihre Heimat zurückkehren werden. Dieser Prognose legen die Institute die Setzung zugrunde, dass in diesem Jahr 600 000 und im kommenden Jahr weitere 140 000 Flüchtlinge nach Deutschland kommen, von denen rund ein Drittel das Arbeitskräftepotenzial erhöht, allerdings erst nach und nach auf dem Arbeitsmarkt Fuß fasst.

Im Basisszenario lässt die **Inflationsdynamik** zusammen mit den Preisen an den weltweiten Märkten für Energierohstoffe im Verlauf wieder nach. Es besteht allerdings angesichts von erheblichen Arbeitskräfteknappheiten in vielen Branchen und der während der Pandemie aufgestauten Kaufkraft ein erhöhtes Risiko, dass sich die Inflation stärker verfestigt und die Inflationserwartungen weiter nach oben treibt. So könnten Unternehmen ihre Preissetzungsspielräume in stärkerem Maße nutzen und darüber hinaus versucht sein, Mitarbeiter durch höhere Löhne an das Unternehmen zu binden und die Kosten an die Verbraucher weiterzureichen.

Schließlich bergen mögliche neue Virusvarianten und damit verbundene **Pandemiewellen** weiterhin Abwärtsrisiken. In einem solchen Fall wäre mit Aktivitätseinbußen in den kontaktintensiven Dienstleistungsbereichen und – bei Arbeitsausfällen infolge von Krankheit und Quarantäne – auch darüber hinaus zu rechnen. Ferner besteht ein erhöhtes Risiko für die internationalen Lieferketten dadurch, dass in anderen Weltregionen (insbesondere in China) die Pandemiepolitik stärker auf die Produktion durchschlägt, weil es dort weiterhin zu größeren Lockdown-Maßnahmen kommt.

Die **konjunkturellen Folgen eines sofortigen Embargos von Erdöl** und Erdgas für die Lieferungen von Russland in die Europäische Union betrachten die Institute in einem Alternativszenario. Die deutsche Wirtschaft dürfte in diesem Fall kommenden Jahr in eine scharfe Rezession geraten. Nach einem Dämpfer im Auftaktquartal 2023 bricht das Bruttoin-

landsprodukt im zweiten Quartal um fast 5% ein. Eine Erholung im Schlussquartal fängt dies zwar teilweise auf, alles in allem sinkt das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2023 aber um fast 2% – gegenüber einem gut 3%igen Anstieg im Basisszenario. Der kumulierte Verlust an gesamtwirtschaftlicher Produktion dürfte sich bereits in den beiden Jahren 2022 und 2023 auf rund 220 Mrd. Euro belaufen, was mehr als 6,5% der jährlichen Wirtschaftsleistung entspricht. Die Verbraucherpreise werden mit 7,3% (2022) und 5% (2023) weitaus stärker steigen als im Basisszenario. Der durch einen Lieferstopp ausgelöste Wirtschaftseinbruch wird bis zum Ende des Prognosezeitraums noch nicht wieder aufgeholt. Im Schlussquartal verbleibt gegenüber dem Basisszenario eine Lücke von gut 4%. Auch ein abermaliger Rückschlag im Winter 2023/2024 ist möglich. In der mittleren Frist dürfte sich die Wirtschaftsleistung jedoch allmählich dem Pfad annähern, der auch für das Basisszenario gilt. Maßgeblich hierfür ist das Produktionspotenzial, das weniger durch die temporäre Gaskrise als vielmehr dadurch beeinträchtigt wird, dass Energie auf absehbare Zeit am Standort Deutschland merklich teurer sein wird, als es sich vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine darstellte. Denn die Entscheidung, unabhängig von russischen Rohstofflieferungen zu werden, dürfte auch dann noch Bestand haben, wenn sich die militärische und politische Lage wieder beruhigt. Damit muss sich ein Teil der Energieversorgung und der energieintensiven Industrie neu ausrichten.

Die anhaltend hohen Preise für Energie dürften den energiesparenden technischen Fortschritt in den kommenden Jahren deutlich beschleunigen. Dies war auch nach dem Ölpreisschock der 1970er Jahre zu beobachten. Die Ergebnisse im Schwerpunktthema dieses Gutachtens zeigen, dass ein ähnlich starker Technologieschub wie damals erforderlich ist, um die bis zum Jahr 2030 festgelegten Emissionsziele zu erreichen, wenn die ökonomische Aktivität nicht drastisch sinken soll.

Abgeschlossen in Kiel am 11. April 2022

Die Gemeinschaftsdiagnose wird erarbeitet vom DIW in Berlin, vom ifo Institut in München, vom IfW in Kiel, vom IWH in Halle und vom RWI in Essen.

#### Die Langfassung des Gutachtens

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, *Von der Pandemie zur Energiekrise – Wirtschaft und Politik im Dauerstress*, Frühjahr 2022, Kiel 2022, ist hier zu finden: <https://www.ifo.de/node/69089>



THEMA IM NÄCHSTEN IFO SCHNELLDIENST:

ifo Schnelldienst 6/2022 erscheint am 15. Juni 2022

# Geld- und Fiskalpolitik in der EU unter veränderten geopolitischen Bedingungen: Was wird aus der Europäischen Währungsunion?